



## Niederschrift

18. Plenarsitzung des Gemeinderates  
15./16. Dezember 2020, 9 Uhr  
öffentlich  
Gartenhalle, Kongresszentrum  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

11.

## Punkt 16 der Tagesordnung: Mitteilungen des Bürgermeisteramtes

### Beschluss:

Kenntnisnahme

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 16 auf:

### Haltestellen-Zugänge U-Strab

Ich möchte Ihnen noch einmal kurz erläutern, dass wir immer noch am Aufarbeiten der Vorgänge sind, Ihnen aber darüber hinaus jetzt folgendes zusagen wollen. Es geht um die Haltestellen-Zugänge zur Kombilösung und die entsprechende Verkleidung. Wir wollen Ihnen jetzt nochmals zusagen, dass wir für die vier Haltestellen-Zugänge am Marktplatz entsprechende Verkleidungen neu bestellen müssen, die farblich vom Gestein her wie der Bodenbelag sind. Das wird aber etwas abweichen können, weil es diese Platten nicht als Verkleidung gibt. Wir müssen uns jetzt auf die Suche nach Herstellern machen. Das Ganze wird uns noch zusätzliche Kosten von 200.000 Euro bescheren.

Alle anderen Zugänge würden wir mit dem vorgesehenen Nagelfluh verkleiden. Das wäre der Kompromiss, der von allen soweit mitgetragen werden kann.

### Situation Impfzentrum

**Bürgermeisterin Lisbach:** Wir haben uns am Montag gemeinsam das Impfzentrum angesehen. Das ist fertig aufgebaut. Was jetzt noch fehlt, ist die Software, die wir brauchen zum Thema Terminvergabe und Dokumentation. Die wird vom Land kommen. Die steht im Augenblick noch nicht zur Verfügung. Was ebenfalls noch ungeklärt ist, ist die Frage, wie genau die Personalbestellung erfolgt. Es finden derzeit intensive Gespräche zwischen Land und den kommunalen Spitzenverbänden statt. Die Beantwortung, wer hat die Haftung, ist grundsätzlich beim Land.

Wir wollen auch, dass sie dort bleibt, wollen uns aber gleichzeitig auch in die Lage versetzen, mit dem Personal entsprechend Verträge auszuhandeln und uns darum zu kümmern, dass operativ zur richtigen Zeit das richtige Personal zur Verfügung steht. Geplant ist, dass wir direkt nach Weihnachten einen Probedurchlauf machen. Wir stellen derzeit ein Team zusammen, das jetzt noch ohne Vertrag auf freiwilliger Basis zum Einsatz bereit ist. Das erfolgt derzeit. Wir gehen davon aus, dass wir ab Januar bereit sind, dass dann alles soweit laufen kann.

Jetzt haben wir gestern erfahren, dass möglicherweise der Impfstoff doch schon eine Woche früher zur Verfügung steht. Das konnten wir im Stab noch nicht besprechen, aber sollte der Impfstoff tatsächlich früher zur Verfügung stehen, würden wir einfach prüfen, ob wir die eine oder andere Vorbereitung noch abkürzen können. Es ist aber so, dass wir wissen, dass vom Land relativ begrenzt nur Impfstoff pro Woche zur Verfügung gestellt werden wird. Die Menge an Impfstoff wird der limitierende Faktor bei der ganzen Sache sein. Darauf müssen wir uns jetzt einstellen und abwarten, ab wann wie viele Personen geimpft werden können.

Die mobilen Impfteams sollen gleichzeitig mit dem Zentralen Impfzentrum starten. Die werden sich natürlich erst einmal auf die Einrichtungen insbesondere Pflegeeinrichtungen konzentrieren. Für all das, aber auch, um überhaupt loslegen zu können, muss noch ein Bundesgesetz beschlossen werden, das beauftragt, gemäß der Empfehlungen der STIKO dann die betreffenden Personen, die jetzt schon geimpft werden können, zu impfen. So ist der Stand der Dinge. Für Fragen stehe ich natürlich gerne zur Verfügung.

## **Sachstand Corona**

**Bürgermeister Dr. Käuflein:** Ich bin heute Morgen nicht da gewesen, weil ich im Verwaltungsstab drüben war, in der integrierten Leitstelle. Nur ein Hinweis, weil er politisch relevant ist: Wir haben seit heute eine neue Corona-Verordnung. Zwei Themen haben sich damit erledigt. Wir haben nämlich ein Alkohol- und Pyrotechnikverbot. Ausschank und Konsum von Alkohol im öffentlichen Raum ist verboten. Damit ist dieses ganze Thema Glühwein beendet. Nach der bis gestern Abend geltenden Verordnung hätten wir per Allgemeinverfügung eine Liste mit Straßen und Plätzen machen müssen, an denen bei Alkoholausschank oder -konsum mit Ansammlungen zu rechnen gewesen wäre. Darauf haben wir verzichtet. Die Marktbesucher haben keinen Glühwein verkauft. Jetzt haben wir die klare Regel, Ausschank und Konsum von Alkohol im öffentlichen Raum ist verboten.

Zwischenbemerkung: Sie haben möglicherweise den Medien entnommen, dass die Weihnachtsbuden heute freiwillig zugemacht haben, um ein Signal der Pandemiebekämpfung zu setzen.

Zweite Regel: Das Abbrennen pyrotechnischer Gegenstände im öffentlichen Raum ist verboten. Damit ist die Debatte über Feuerwerk an Silvester auch zu einem ganz großen Teil abmoderiert.

**Stadtrat Maier (CDU):** Herr Oberbürgermeister, meine Wortmeldung ist als Replik auf Ihren Hinweis zu den Abgängen gedacht. Ich habe mir bei dieser ganzen Diskussion immer die Frage gestellt, wenn wir im Untergrund Sichtbeton haben, teilweise gestockt, warum dann dieser Sichtbeton nicht auch außen sichtbar ist. Das ist durchaus gängig, wäre billig. Es würde gut

aussehen. Es würde Geld sparen. Es würde Ihnen Arbeit sparen. Ich bitte, dies noch einmal mit einzudenken, zumindest am Marktplatz.

**Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR):** Meine Frage geht Richtung Impfzentrum. Das Land bestellt. Bezahlte es auch, damit wir als Stadt nicht nur draufzahlen müssen?

**Bürgermeisterin Lisbach:** Was die Kosten angeht, wird das Land zwar die notwendigen Kosten, so heißt es im aktuellen Vertragsentwurf, erstatten. Aber wir wissen jetzt schon, dass das, was das Land als notwendig ansieht, nicht das ist, was aus unserer Sicht erforderlich ist. Auch darüber müssen noch intensive Gespräche geführt werden, wieviel dann am Ende tatsächlich vom Land erstattet wird. Wir erwarten natürlich, dass dann wirklich alles, was erforderlich ist, um diese Impfzentrum zu betreiben und die mobilen Teams, auch vom Land finanziert wird.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Nur noch eine kurze Nachfrage auf das, was Herr Dr. Käuflein gesagt hat mit dem Verbot von Feuerwerk an Silvester. Diese Verordnungen, die wir vom Land bekommen, sind immer sehr schwierig zu lesen für die Bevölkerung. Dann fängt es schon an, darf ich vor meinem Haus, auf meinem Grundstück, am Garten irgendwo – das ist alles nicht drauf. Wäre es für unser Ordnungsamt, für die Polizei zielführend, dass vielleicht wir als Kommune das etwas genauer fassen, dass wir für Karlsruhe etwas herausgeben, damit es nicht an Silvester zu Chaos kommt, weil jemand sagt, ich darf das oder ich darf das nicht. Was man darf, oder was man nicht darf. Denn das ist unsere Entscheidung. Einfach nur, um es verständlicher zu machen. Wir sind jetzt 48 Leute und jeder liest diese Verordnung anders.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Es ging auch um das Verbot des Verkaufs von Feuerwerkskörpern. Ist das eine Regelung, die die Kommune noch nachgelagert treffen muss, oder ist das damit auch schon abgegolten?

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Ich wollte noch einmal zum Alkoholverbot nachfragen. Inwieweit trägt man der Situation von schwer suchtkranken Menschen Rechnung, die ihre Treffpunkte in der Stadt haben? Wie verhindert man, dass erneut hohe Bußgelddrohungen kommen und sich Menschen komplett aus dem öffentlichen Leben und öffentlichen Raum verdrängt fühlen?

**Bürgermeister Dr. Käuflein:** Das Presse- und Informationsamt sitzt in beiden Stäben am Tisch, sowohl in dem Stab, der sich mit dem Thema Impfzentrum beschäftigt, als auch in dem Stab, der das große Thema Corona hat. Das heißt, wir schauen, dass wir das, was dort verhandelt wird, auch gut vermitteln können. Verboten ist, Pyrotechnik abbrennen im öffentlichen Raum. Damit ist klar, im privaten Raum ist es erlaubt, das heißt, in Ihrem Garten können Sie das machen. Der Verkauf ist auch nicht verboten. Man kann das jetzt politisch so oder so bewerten. Die Frage wäre, hätten wir überhaupt eine rechtliche Möglichkeit, den Verkauf zu verbieten oder es im privaten Raum zu verbieten? Da bräuchten wir eine gesetzliche Grundlage. Die sehe ich im Augenblick nicht.

Die Schwierigkeit, Frau Stadträtin Göttel, Werderplatz usw., ist bekannt. Das Problem ist auf der anderen Seite, wir können nicht einfach rechtsfreie Räume schaffen. Das heißt, wir haben eine Verordnung des Landes, die Konsum im öffentlichen Raum verbietet. Dann können wir als Stadt nicht sagen, aus diesen oder jenen Gründen gestatten wir es. In dieser Situation sind wir nicht. Dass wir damit sorgsam, behutsam den Menschen entsprechend umgehen, versteht sich von

selbst. Aber da haben wir beide dieser Tage auch ein längeres Gespräch zu diesem Thema geführt. Das können wir gerne fortsetzen. Aber klare Ansage: Wir können uns nicht über die Verordnung des Landes hinwegsetzen.

**Der Vorsitzende:** Meines Wissens, Herr Dr. Käuflein, ist der Verkauf schon durch die Bundesregelung verboten. Der Verkauf ist als Ergebnis der Runde bei der Bundeskanzlerin verboten. Die Landesverordnung hat noch einzelne Dinge speziell ausführen müssen. Da kommt jetzt noch das Abbrennen dazu. Wenn es im öffentlichen Raum verboten ist, ist es für uns erst einmal eine große Erleichterung. Man muss natürlich befürchten, dass die Leute dann anfangen, das von den Balkonen abzubrennen. Das wird wieder zusätzliche Gefährdungen auslösen. Dessen muss man sich dann auch bewusst sein. Aber wir haben zumindest nicht mehr die Aufgabe, von unserer Seite aus in dem Maß sicherzustellen, dass es an bestimmten Plätzen nicht gemacht wird, weil wir es nicht im Rahmen einer eigenen Verordnung regeln müssen. Das nutzt zwar nichts, wenn die Unvernünftigen herumlaufen. Denen ist egal, gegen welche Verordnung sie verstoßen. Aber wir stehen nicht so sehr in der Verantwortung, als wenn es unsere eigene Verordnung gewesen wäre. Deswegen ist das für uns ein ganz wichtiger Punkt.

Ich habe jetzt zu Verschiedenes keine weiteren Punkte.

**Stadtrat Müller (CDU):** Ich habe lediglich eine Bitte, wenn wir schon zum Ende kommen, uns noch einmal an die Leinwand zu werfen, was wir denn jetzt ausgehend von den Haushaltsberatungen für finanzielle Mittel on top in den Haushalt 2021 eingestellt haben.

**Der Vorsitzende:** Ich wollte die Finanzbürgermeisterin um ihren Ohnmachtsanfall herumbringen. Deswegen habe ich das jetzt unterdrückt. Aber wir können das gerne noch auflegen.

Hier haben Sie das stehen.

(Die Übersicht wird auf der Leinwand angezeigt)

Die 25 und 24 und sonstigen Millionen sind Verpflichtungsermächtigungen im nächsten Jahr beziehungsweise Investitionsmittel. Das ist noch einmal ein anderes Thema. Dafür werden dann andere Projekte auf der Strecke bleiben müssen. Schmerzhaft ist dieses 8-Millionen-Paket, das uns vor allem im Ergebnishaushalt blüht und was wir dann im Grunde in einem Jahr mehr reduzieren müssen, als wenn wir es jetzt nicht eingestellt hätten.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Nur eine Frage zum Verständnis. Gehe ich richtig davon aus, dass die 8 Mio. Euro das Ergebnis der Beratung ohne die Veränderungsliste der Verwaltung ist?

**Der Vorsitzende:** Ja. Die Veränderungslisten sind sowieso schon als Vorschlag der Verwaltung in den Haushaltsentwurf eingepreist. Das waren auch die Punkte, die ich eingangs in die Veranstaltung noch einmal als Veränderung dargestellt hatte, wo wir von 90 auf 105 und alles Mögliche gekommen sind. Das käme jetzt noch hinzu.

**Stadtrat Müller (CDU):** Ich gehe doch nahezu zwingend davon aus, dass diese 8 Mio. Euro selbstverständlich ohne die zusätzlichen Personalstellen ausgewiesen sind.

**Der Vorsitzende:** Die sind eingepreist. Die Personalstellen sind mit drin. Wir haben immer einen Pauschalbetrag hineingenommen.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Ich wollte noch fragen, ob Sie sich oder die Finanzbürgermeisterin daran erinnern können, wie es das letzte Mal war, also diese 8 Mio. Euro vergleichbar mit dem letzten Mal.

**Der Vorsitzende:** Das können wir Ihnen gerne am nächsten Dienstag noch einmal in eine Zeitachse stellen, damit Sie wissen, ob Sie jetzt einen neuen Rekord gebrochen haben oder nicht.

**(Stadtrat Høyem/FDP: Das wissen wir leider!)**

Wir werden das für nächste Woche alles vorbereiten. Dann kommen noch einmal der abschließende Beschluss und auch die entsprechenden Reden von Ihnen. Wir werden unsererseits auf Gegenfinanzierungsvorschläge, die wir Ihnen wiederum vorschlagen, verzichten, weil die wenigen Instrumente, die uns noch offen bleiben, uns vor allem in der Verwaltung selber noch zusätzliche schwierige Situationen und Arbeitsprozesse verschaffen, ohne dass am Ende viel dabei herunkommt. Wir haben das nächste Jahr genug zu tun, die nächsten Haushalte – ich träume immer noch von einem Doppelhaushalt – aufzustellen. Da werden wir genug zu diskutieren haben. Da wäre es auch schlecht, wenn wir uns noch zusätzliche Schwierigkeiten auferlegen im Vollzug des Haushalts. Wie das Regierungspräsidium insgesamt mit diesem Haushalt umgeht, auch schon bevor Sie noch draufgesattelt haben, das ist etwas unsicher. Wir haben zwar die Zusage, dass man vieles toleriert, wenn man es mit Corona begründen kann. Das meiste von dem, was uns aber Schwierigkeiten macht, kann man nicht durch Corona begründen. Das ist dann noch einmal eine zusätzliche Erschwernis.

Dann schließe ich jetzt die Sitzung, bedanke mich für die zügige und konstruktive Beratung und wünsche Ihnen noch für heute einen schönen Nachmittag und einen schönen Abend.

**Schluss der Sitzung:** 15:50 Uhr

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
11. Januar 2021